482 2/2011

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Vom Stadtpass bis zur Wassergass

Wir kümmern uns um die „kleinen" Dinge und verweisen auf die Zusammenhänge zur „großen" Politik. Wir haben einen Sozialpass für bedürftige Menschen durchgesetzt und helfen betroffenen Bürgern, wenn Hochwasser in ihre Keller läuft.
Wir haben uns immer um „unsere Stadt" und um ihre Geschichte gekümmert. Es gibt zahlreiche Bücher und Broschüren, die wir dazu veröffentlicht haben. In unserer Stadtzeitung „blickpunkt" wird das Thema mit den „Stadtgeschichten" (S. 8) regelmäßig aufgegriffen *(siehe auch: www.dkp-mw.de)*.
Die Stadt gehört den Menschen, die hier wohnen und arbeiten. Wir wollen, dass die Verbundenheit mit ihr zunimmt. Dazu gehört das Kennenlernen der Geschichte, die Förderung der Vereine, der Heimatmuseen. Was wäre unsere Stadt ohne „linke Politik und Kultur"? Es gäbe kein Volkshaus, kein Naturfreundehaus und viele Vereine hätten sich nicht so erfolgreich entwickelt.

Den Arbeitertraditionen verpflichtet

In der Stadtsatzung von Mörfelden hieß es früher im § 8: „Die Stadtfarbe ist rot". Diesen Arbeitertraditionen fühlen wir uns auch heute noch verpflichtet.
Wir überlegen natürlich auch, wie die Stadt in 10 Jahren aussehen kann. Wie sieht das Umland aus? Frisst uns der Flughafen langsam auf? Betonieren wir alles zu? Wir kämpfen im Parlament und außerparlamentarisch gegen sich abzeichnende negative Entwicklungen.

Wir gehen nicht in die kommunalen Parlamente, um dort ein möglichst reibungsloses Funktionieren des kapitalistischen Systems zu fördern. Unsere Politik richtet sich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Gleiche Chancen der Persönlichkeitsentfaltung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen werden wir weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Bürgerinitiativen und vor Ort tätige soziale Bewegungen sehen wir dabei als unsere Partner an.
In Mörfelden-Walldorf ist die DKP seit Jahrzehnten im Parlament und im Magistrat vertreten.

Schon immer waren Parteilose, jetzt auch Mitglieder der Linkspartei auf der örtlichen Liste.
Jeder, der unsere Arbeit beurteilen kann, weiß: Wir gehen verantwortungsvoll und kompetent an die Aufgaben in unserer Stadt heran.

Der „blickpunkt" sorgt für Durchblick

Unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung wird begleitet durch unsere Stadtzeitung „blickpunkt", die monatlich in einer Auflage von 14.500 Exemplaren erscheint. Diese Zeitung hilft, „dass man draußen sieht, was drinnen vorgeht"! Wären wir nicht im Parlament, dann gäbe es auch diese Zeitung nicht, denn unsere Mandatsträger garantieren mit der Spende ihrer Sitzungsgelder die Herausgabe. Keine andere Partei in unserer Stadt schafft eine solche Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb: damit der „blickpunkt" weiter erscheinen kann, muss eine starke Fraktion der DKP / Linke Liste ins Parlament.

Linke Opposition bleibt notwendig!

Die DKP / Linke Liste war auch in dieser Legislaturperiode die Fraktion mit den meisten Parlamentsinitiativen. Wir stellten in dieser Wahlzeit über 170 Anträge und Anfragen.
Das liegt weit über den Initiativen der anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung.
Das belegt einmal mehr: Man muss dranbleiben!
...und wir bleiben dran, wenn wir wieder erfolgreich ins Stadtparlament einziehen. Das versprechen wir! Linke Opposition wird immer notwendiger!

Themen unserer Parlamentsinitiativen waren u.a.:

Radwege
Das Thema Radwege wurde auch in dieser Legislaturperiode von uns mit zahlreichen Eingaben begleitet. Dazu gehörten u.a. die Forderungen nach Randsteinabsenkungen.

Soziales
Auf unsere Initiative wurde der „Stadtpass" beschlossen. Mit einigen Anfragen mussten wir nachdrücklich die Realisierung anmahnen.
Wir fragten u.a. kritisch nach 1-Euro-Jobs bei div. Einrichtungen, verlangten einen Sozialbericht und einen barrierefreien Zugang zum „Goldenen Apfel".

Hochwasser Wassergasse
Wir beantragten, den Generalentwässerungsplan zu beschleunigen und forderten Zwischenlösungen. Wir informierten uns bei verschiedenen Terminen vor Ort.

Wir kümmerten uns um die Menschen in der Mörfelder Wassergasse

Flughafenausbau
Zum Thema Flughafenausbau gab es in der Legislaturperiode viele DKP/LL-Initiativen. Wir beantragten Resolutionen und setzten durch, dass der Wissenschaftler Prof. Dr. Eberhard Greiser eingeladen wurde. Zum zweiten Mal erreichten wir, dass ein Protesttransparent für den Mörfelder Wasserturm beschlossen wurde.

Sport
Mehrmals verlangten wir Sporthallen. Machten Vorschläge. Es entstand das Sportzentrum der SKV.

Müllentsorgung
Die Senkung der Müllgebühren wurde von uns gefordert und durchgesetzt. Die Sperrmüllabfuhr bleibt.

Verkehr
Es gab unsere Forderungen nach Tempo 30, Lkw-Nachtfahrverbot und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.

Kultur
Das Städtische Kulturprogramm soll attraktiver werden. Es gab zahlreiche DKP/LL-Initiativen.

Geschichtsarbeit
Wir beantragten Gedenktafeln für Euthanasieopfer und für im Faschismus politisch Verfolgte. Wir fragten nach Zwangsarbeitern in der NS-Zeit.

Supermarkt Walldorf
Der vorgesehen Lebensmittelmarkt in Walldorf Süd wurde von uns abgelehnt.

Diverses
Wir fragten nach Sozialwohnungen und leerstehenden Gewerberäumen. Wir kümmerten uns um die Beleuchtung in der Bahnhofs-Unterführung und um eine Spielstraße Seegasse. Wir waren gegen die Erweiterung des Kalksandsteinwerks .
Wir forderten den Rückschnitt wuchernder Brombeerhecken und vieles andere mehr. Bei den Initiativen der DKP/LL-Fraktion findet man die Unterstützung der Kitas ebenso wie Fragen nach der Musikschule.

Alle unsere Anträge und Anfragen findet man auch im „Informationssystem der parlamentarischen Gremien der Stadt Mörfelden Walldorf." Wer genau wissen will, wie die Stadtverordnetenfraktion der DKP/LL arbeitet, kann hier nachsehen.

Er wird zu dem Schluß kommen: „Linke Kommunalpolitik war, ist und bleibt wichtig!"

. . . und
in Mörfelden-Walldorf wählt man am besten die DKP / Linke Liste!

Erleichterungen an der Bahnhofstreppe beantragt und durchgesetzt

Wahlaufruf

Vergesst nicht,
dass diejenigen Menschen
euch am besten
dienen werden,
die Ihr aus eurer eigenen
Mitte wählen werdet,
die das gleiche Leben wie
Ihr führen,
und die gleichen Leiden
ertragen wie Ihr.
Hütet euch vor Leuten,
die zu viel reden,
vermeidet vom Schicksal
Begünstigte,
denn selten nur will
derjenige, der ein
Vermögen besitzt,
im Arbeitenden seinen
Bruder sehen.

Wahlaufruf der Pariser Kommune, im Frühjahr 1871

Schuldenberg erdrückt Kommunen

Der Schuldenberg deutscher Kommunen wächst weiter. Für das laufende Jahr rechnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) mit einem Minus von 11 Milliarden Euro – so viel wie noch nie.
„Der wirtschaftliche Aufschwung kommt in den Kassen der Kommunen nicht an", meinte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Vor allem die explodierenden Sozialausgaben machten den Kommunen zu schaffen. Insgesamt 41 Milliarden Euro würden im laufenden Jahr dafür fällig. Vor zehn Jahren seien es noch 26 Milliarden gewesen. Da Städte und Gemeinden nur noch Pflichtaufgaben zu erfüllen hätten, gäbe es für die gewählten Parlamentarier „nichts mehr zu entscheiden". Wenn aber keine Gestaltungsspielräume mehr da seien, sei dies das Ende von lokaler Demokratie.
Das sagen wir schon lange. „Große" und „kleine" Politik gehören zusammen. Wenn „oben" das Geld falsch ausgegeben wird fehlt es „unten"!

Gerd Schulmeyer,
Kandidat auf der Liste der DKP/LL
zur Kommunalwahl 2011

Damit es Becker und Urhahn nicht zu wohl wird - DKP/Linke Liste

In unserer Stadt machen die hauptamtlichen „Spitzenkandidaten" von SPD und Grünen schon seit Wochen „Wahlkampf" und stellen dabei die Leistungen der Stadt als ihre heraus. Für Zurückhaltung ist da kein Platz, für Selbstkritik schon gar nicht. Alles „großartig" und in bester Ordnung. Das geht so weit, dass in städtischen Stellenanzeigen schon mal steht: „Die Hoffnung ist grün", und regelmäßig „unabhängige" Zeitungen mit großformatiger SPD-Werbung in den Rathäusern ausliegen, die häufig mit Anzeigen der Stadt „querfinanziert" werden, wie aufmerksame Bürgerinnen und Bürger vermuten, die uns darauf hingewiesen haben. Wir raten davon ab, diese Art der Wahlwerbung auch noch fortzusetzen, wenn die Wahlvorschläge eingereicht sind. Der Bürgermeister und der Erste Stadtrat stehen dann offiziell als Bewerber für ein Mandat zur Wahl, das sie nicht wahrnehmen werden. Wie es wahlrechtlich zu bewerten ist, wenn Wahlkampf aus den Rathaus gemacht wird, ist nicht unser Thema. Entscheidend ist, wie es bei den Wählerinnen und Wähler ankommt. Wer die Aufgabe des Stadtparlaments ernst nimmt, die Arbeit der gesamten Verwaltung zu überwachen, der sollte vor allem Kandidatinnen und Kandidaten wählen, die das auch tun. Der Bürgermeister und der Erste Stadtrat fallen da jedenfalls aus, und auf den Listen, denen sie zur Mehrheit verhelfen sollen, sind überwiegend treue Mehrheitsbeschaffer, die selten etwas in Frage stellen, was aus den „Chefsesseln" kommt. Dass Kritik und Widerspruch in der nächsten Wahlzeit noch weniger erwünscht ist, als in der laufenden, hat der SPD-Fraktionsvorsitzende schon deutlich angekündigt: Er kann sich vorstellen, die Redezeit in der Stadtverordnetenversammlung entsprechend der Fraktionsstärke zuzuteilen. Das heißt: Weniger Redezeit für die Opposition. Dagegen hilft vor allem eins: Die DKP/Linke Liste stärken, damit es Becker und Urhahn nicht zu wohl wird, damit Sozialpolitik in unserer Stadt weiter groß geschrieben wird und SPD und Grüne im Parlament und außerparlamentarisch dauerhaft mehr Druck von links kriegen.
Auch Wahlen können etwas ändern.

Initiative 2011

Unterschreibt den
Wahlaufruf zur Kommunalwahl

Linke Opposition bleibt notwendig
Gehen Sie wählen - wählen Sie links

Auf der Webseite der DKP Mörfelden-Walldorf
www.dkp-mw.de

Kalte Krieger

In der „Frankfurter Rundschau“ wurden die Teilnehmer der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ als „rote Faschisten“ bezeichnet.
Wie muss es um diese bürgerliche Gesellschaft und ihre Medien bestellt sein, wenn solche Ungeheuerlichkeiten publiziert werden, statt sich mit linken Positionen inhaltlich auseinanderzusetzen?
Kommunistinnen und Kommunisten waren die ersten, die den organisierten Kampf gegen den Faschismus in Deutschland aufnahmen. Zehntausende wurden in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt, wurden umgebracht. Trotzdem stellten die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten ihren Kampf nicht ein. Hunderte von ihnen kamen - in der Hoffnung, den Kerkern und dem Tod entronnen zu sein - in der Sowjetunion ums Leben. Mit den Verbrechen der Stalinzeit, die dem humanistischen Wesen unserer Weltanschauung und unserem gesellschaftlichen Ziel zutiefst widersprachen, haben wir uns in der DKP auseinandergesetzt.
Man kann es in unserem Parteiprogramm (www.dkp.de) nachlesen.
Kommunistinnen und Kommunisten gehören auch heute zu jenen, die sich vor Ort den Faschisten der NPD und anderer Organisationen als erste entgegenstellen, die immer wieder entschieden gegen Völkerhass, Rassismus und Krieg auftreten.
Wir fühlen uns zutiefst unserer Geschichte und dem antifaschistischen Widerstandskampf in Deutschland wie in ganz Europa verpflichtet. Wir werden weiter für eine sozial gerechte, solidarische und friedliche Welt kämpfen.
Es geht der bürgerlichen Presse darum, Linke, SozialistInnen, KommunistInnen, junge autonome AntifaschistInnen - aus der „normalen bürgerlichen“ Gesellschaft auszugrenzen, sie zu diskreditieren, zu kriminalisieren. Ihnen soll offenbar jegliches Recht auf Diskussion und Meinungsäußerung abgesprochen werden. Die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen wird unter Generalverdacht gestellt. Was für jämmerliche Methoden!

„Ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein.
Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche.“

Thomas Mann, 1946

Eine durchsichtige Kampagne

Hysterie kann man es eigentlich nicht mal nennen, was in den Medien zum Thema „Kommunismus“ aufgeführt wurde.
Dahinter steckt vor allem Ablenkung. Wir haben ein Wahljahr.
Gesine Lötzsch und ihre Partei sind völlig unverdächtig, in „vergangene Zeiten“ zurückkehren zu wollen.
Die ganze Empörung ist gespielt, scheinheilig und ein beklemmender Ausdruck von Geistlosigkeit.
Klar, die SPD sieht in den Linken eine Konkurrenz, also versucht sie hier mit CDU/CSU/FDP und den Grünen gemeinsam eine Kampagne zu machen. In Frankreich und anderswo wären solche albernen Argumentationen, wie wir sie in Talkshows hörten, undenkbar.
Das kennen wir aber auch seit Jahren im Stadtparlament. Gemeinsam organisierte man sich eine Beschlusslage, mit der andersDenkende „vergauckt“ wurden.
Man wirft oft in Geschichtsdebatten Fehdehandschuhe hin und wundert sich dann, wenn sie aufgehoben werden.

Rudi Hechler

Auf dem richtigen Dampfer

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen:

Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Wir trauern um Rainer Haag

Am 13. Januar 2011 starb in Matanzas/Kuba unser Genosse Rainer Haag im Alter von 67 Jahren an Krebs.
Rainer Haag war bei den Gründern der SDAJ und der DKP. Er war Landesvorsitzender der SDAJ Hessen und lange Jahre DKP-Kreisvorsitzender im Kreis Groß-Gerau.
In Mörfelden-Walldorf war er Ende der 1990er Jahre Stadtverordneter der DKP.
Mit Kuba war er tief verbunden. Als Maurer half er bei den Solidaritätsprojekten der DKP. Dort traf er auch seine spätere Frau Mercedes. Mit ihr lebte er in Matanzas. Sie schrieb uns u.a.: „In Matanzas kannte man ihn. Bei der Beerdigung waren außer den Deutschen, die hier wohnen, meine Familie und unseren Nachbarn. Es waren viele Leute gekommen."
Wir trauern um einen guten Menschen, für den Solidarität und Völkerfreundschaft nicht nur Worte waren.

DKP Mörfelden-Walldorf

Mitmachen bei der

DKP
LINKE LISTE
Telefon 23366

KOMMUNALES

Anfrage der DKP/LL-Fraktion Sozialdaten 2011

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele „Bedarfsgemeinschaften“ gibt es in Mörfelden-Walldorf?
2. Wie hoch ist die Gesamtzahl der Personen in „Bedarfsgemeinschaften“?
3. Wie ist die Altersstruktur dieser Personen?
4. Wie hoch ist die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz?
5. Wie viele erwerbsfähige Hilfebedürftige mit Erwerbseinkommen („Aufstocker“) gibt es in unserer Stadt?
6. Wie viele Rentnerinnen und Rentner erhalten ergänzende Leistungen?
7. Wie viele Einwohnerinnen und Einwohner haben Anspruch auf einen Stadtpass und wie viele haben ihn beantragt und bekommen?

blickpunkt

Besuchen Sie uns im Internet
www.dkp-mw.de

Rudolf Dötsch
Kandidat auf der Liste der DKP/LL
zur Kommunalwahl 2011

Eine verlogene Politik

Zum Gesetzgebungsverfahren des Landes in Sachen „Schuldenbremse“ beschloss das Stadtparlament eine Resolution, die die Forderung nach besserer Finanzausstattung der Kommunen forderte. Darauf antwortete die FDP-Landtagsfraktion unter anderem:
„Allerdings darf ich Ihnen mitteilen, dass die den Gesetzentwurf tragenden Fraktionen der Anregung der kommunalen Spitzenverbände gefolgt ist, und hinsichtlich der Finanzausstattung der hessischen Kommunen klarstellende Regelungen in den Gesetzestext aufgenommen haben. So stellt das Gesetz eindeutig klar, dass die Verpflichtung des Landes zur Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen nach Art. 137 ABs. 5 HV von den Regelungen zur Schuldenbremse unberührt bleibt. Das Land Hessen wird daher auch unter solchen Regelungen seiner finanziellen Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie weiterhin nachkommen und ein verlässlicher Partner der hessischen Kommunen sein.“
Das allerdings grenzt an Verhöhnung der Kommunalpolitik. Das Land kürzt die Schlüsselzuweisungen dieses Jahr um über 300 Mill. Euro. Mit der sogenannte Schuldenbremse (ab 2020 keine Neuverschuldung mehr) wird bis 2020 die Neuaufnahme von Krediten (jetzt 2,2 Mrd. Euro) auf Null gefahren. Das heißt: Jährlich werden in den nächsten Jahren gut 300 Mill. Euro weniger ausgegeben. Gespart wird bei Bildung, sozialen Einrichtungen, Schlüsselzuweisungen etc.
Und da erdreisten sie sich, von einer „angemessenen Finanzausstattung“ für die Kommunen zu sprechen.
So eine FDP darf man auch nicht bei der Kommunalwahl ankreuzen.

Rudolf Dötsch

Rudolf Dötsch
Langjährig aktiv sowohl im Sport (Laufen, Radfahren, Skilanglauf) als auch im Stadtparlament. 28 Jahre Erfahrung bringt er mit in verschiedenen Ausschüssen, Kommissionen und Arbeitskreisen; die letzten vier Jahre als Vorsitzender des Sozialausschusses. Er wird in jedem Fall auch in den nächsten Jahren die DKP/LL-Fraktion begleiten und seine Kenntnisse weitergeben.

KURT TUCHOLSKY

„Tanzt,
ich sage euch tanzt,
und vor allem
aus der Reihe!“

DKP / Linke Liste
wählen

PS: Es sieht ja keiner

Weil du arm bist, musst du früher sterben

Ein alter Satz der immer wieder auch angezweifelt wird. Aber dann das: In Großbritannien wird seit dem Jahr 1921 die Sterblichkeit der Bevölkerung dokumentiert und in Beziehung zum Einkommen, zur Bildung und zum Sozialstatus gesetzt. Eine aktuelle Analyse dieser Daten zeigt: Das Risiko, früh zu sterben, ist für Personen mit vergleichsweise geringem Einkommen und schlechter Bildung doppelt so hoch wie für Bessergestellte. Diese Ungleichheit zwischen den sozialen Schichten hat in den vergangenen zehn Jahren stetig zugenommen. Zurzeit ist der Unterschied sogar größer als während der Weltwirtschaftskrise 1930.

Patienten sind keine Bittsteller

Eigentlich hatte ich mir fest vorgenommen - als meine Antwort auf die sogenannte Gesundheitsreform (immer neue Streichungen im Gesundheitswesen) - nicht mehr krank zu werden. Aber wie es so ist, jetzt musste ich doch einen Arzt aufsuchen. Da ich erst vor kurzem wieder nach Mörfelden gezogen bin, musste ich mir vor Ort einen Arzt suchen.

Wir Patienten haben ja die freie Ärztewahl! So zumindest dachte ich. In der ersten Praxis wurde mir freundlich aber bestimmt mitgeteilt „Wir können leider keine Patienten mehr aufnehmen".

Bei einem nächsten Arzt, die gleiche Antwort. In einer dritten Praxis erfuhr ich, dass der „Herr Doktor nur noch privat behandelt". Bei einem vierten Anlauf hatte ich endlich Erfolg. Von mehreren Leuten habe ich jetzt ähnliche Geschichten gehört und etliche Bürger/innen sind offensichtlich noch immer auf der Suche nach einem Arzt, nachdem eine Mörfelder Praxis beschlossen hat, keine Kassenpatienten mehr zu behandeln.

Gut zu wissen, dass die Gesundheitskommission auf Antrag der DKP/LL in unserer Stadt einberufen wurde. Bleibt nur zu hoffen, dass sie in Kürze ihre Arbeit aufnimmt und eine schnelle Lösung gefunden wird. Örtliche Politiker und der Magistrat sind hier gefordert. Patienten sind keine Bittsteller. Eine ärztliche Versorgung der Bürger/innen unserer Stadt ist kein Luxus. Jeder von uns zahlt immer höher werdende Krankenkassenbeiträge – letzte Erhöhung gerade in diesem Monat - und sollte dafür nicht immer weniger Leistung erhalten.

Wir alle sind angewiesen auf eine gründliche ärztliche Behandlung vor Ort, sowie auf ein bezahlbares Gesundheitssystem.

Dietmar Treber, DKP/LL-Kandidat zur Kommunalwahl 2011

„Schaut euch das an!", hörten wir oft in letzter Zeit. Gemeint war das „dunkle Dreckeck", auch alte Bahnhofsunterführung Mörfelden genannt. Ein Leser schrieb uns auch ein paar Zeilen zur häufigen Überschwemmung in der Bahnhofsunterführung: *„Trotz umfassender Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes in Mörfelden gibt es leider immer noch ärgerliche Unannehmlichkeiten an den Einrichtungen. So wurde die alte Bahnhofsunterführung durch die, zugegeben ungewöhnliche starken Regenfälle in der letzten Zeit, mehrmals total überschwemmt und für Fußgänger praktisch unpassierbar. Entwässerungs-Einrichtungen sind offenbar vorhanden aber nicht in ordnungsgemäßem Zustand. Ungeachtet, wer auch immer für die Unterhaltungsarbeiten zuständig ist, sollte die Stadtverwaltung um eine schnelle Beseitigung des Mißstandes bemüht sein. Das ist sie den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Der nächste Regen kommt bestimmt."* *(EH)*

Mittlerweile wurde mal wieder dort „gewerkelt". Ob sich was ändert? Wir bleiben skeptisch.

Dioxin und kein Ende

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere.
Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn.
Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens."

Von Karl Marx zitiert: „Das Kapital", Band I, S. 801

Weil Futterproduzenten bei der Herstellung von Tierfutter für Hühner, Puten und Schweine belastetes Industriefett verwendet haben, ist das hochgiftige Dioxin in die Nahrungskette gelangt. Bauernhöfe wurden geschlossen , mehrere tausend Tiere wurden vorsorglich geschlachtet.

Das Problem geht weit über eine einzelne Futterverseuchung hinaus. Solange die Nahrungsmittelindustrie im Sinne des eigenen Profits produziert, werden wir nicht sicher sein können, ob unsere Lebensmittel unbelastet sind.

Das gesamte System der Herstellung unserer Lebensmittel muss auf den Prüfstand. Das gilt nicht nur für die heimischen Hersteller, sondern für die Herstellung der Lebensmittel weltweit. Mehr Kontrolle ist wichtig.

Wichtiger jedoch: Die Macht der internationalen Lebensmittelkonzerne muss gebrochen werden.

Rudi Hechler

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Auswirkung neuer Routen und Verfahren bei Starts und Landungen am Frankfurter Flughafen

Wir alle wissen, wenn die Flugbewegungen von 500.000 auf 700.000 und mehr steigen, wird es mehr Lärm und Dreck geben. Leisere Maschinen und andere Flugrouten werden daran nichts ändern. Nun soll das Zauberwort „Aktiver Schallschutz" verschleiern, dass die massive Erhöhung der Flugbewegungen für die Menschen im Flughafenumland ungeheure weitere Belastungen mit sich bringt.
Der Fluglärm soll gemindert, die Belastungen gerechter verteilt werden, hieß es dieser Tage bei der Vorstellung neuer Start- und Landeverfahren. Statt dem versprochenen Nachtflugverbot werden „Lärmpausen" angeboten. Das alles ist pure Augenwischerei. Die herrschende Politik gibt keine Antwort auf die Frage, wie der Flugverkehr der Zukunft organisiert werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt befürchten zu Recht die Verschlechterung ihrer Lebensqualität. Notwendig ist ein absolutes Nachtflugverbot, die Zahl der Flugbewegungen auf Rhein-Main darf nicht mehr ansteigen.

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche konkreten Veränderungen (Verbesserungen oder Verschlechterungen?) sind für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt zu erwarten?
2. Wo und wann ist mit mehr oder weniger Lärm zu rechnen?
3. Ist durch die geänderten Start- und Landeverfahren mit einer erhöhten Schadstoffbelastung zu rechnen?
4. Hält der Magistrat die (Lärm-)Messstationen in unserer Stadt zur Dokumentation der neuen Entwicklung für ausreichend?
5. Ist der Magistrat der Meinung, dass die genannten Maßnahmen den Zusagen aus der Mediation entsprechen?

Alle wissen, daß die Großbanken unser Geld verbrannt haben. Alle wissen, daß die Unternehmen kein Weihnachtsgeld mehr zahlen wollen, kein Urlaubsgeld, daß sie überall kürzen, schneiden und tricksen und am liebsten gar nichts mehr für unsere Arbeit bezahlen wollen. Alles wissen, daß die Öl- und Chemiekonzerne Meere, Land und unser Essen vergiften. Alle wissen, daß in Afghanistan nicht die demokratischen Grundrechte, sondern die Handelswege der Großindustrie verteidigt werden.
Davon muß man niemanden mehr überzeugen - alle wissen es. Ich mag nicht mehr hören, wie schlimm das alles ist. Ich bin dafür, endlich etwas dagegen zu tun.

Alfred J. Arndt, Kandidat auf der Liste der DKP/LL zur Kommunalwahl 2011

Das Adjektiv „alternativlos" ist das Unwort des Jahres 2010. Eine Jury wählte den Begriff aus 1123 Vorschlägen aus.
Hoffentlich merken Politiker, dass es fast immer Alternativen gibt.
Es gab Alternativen zum weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt und es gibt Alternativen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem, in dem alles „zur Ware" wird.

Trotz unseres gemeinsamen Widerstands wächst der Moloch Flughafen weiter und wir sind gezwungen, mit den Folgen zu leben.
Die Lärmbelastung hat zugenommen, und vor allem die nächtlichen Triebwerkprobeläufe vor der Lufthansa-Halle machen sich hier in Walldorf deutlich bemerkbar.
Wieder hat die Fraport ein Stück Wald, der u.a. als natürlicher Lärm- und Luftfilter wirkt, zunichte gemacht. Der Flughafen ist uns deutlich näher auf die Pelle gerückt.
Daß dies nicht ohne gesundheitliche Auswirkungen bleibt, beweisen die medizinischen Untersuchungen rund um den Flughafen Köln-Bonn (Die sog. Greiser-Studie). Die Risiken für Herz-Kreislauf-Erkrankungen nehmen durch nächtlichen Fluglärm deutlich zu. Ebenso – und dieses Ergebnis war für viele überraschend – ist,vor allem für Frauen, das Risiko deutlich erhöht, an Krebs zu erkranken.
Wir dürfen und wollen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Es muß Alles unternommen werden, die negativen Einflüsse auf unser Wohlbefinden und und die Attentate auf unsere Gesundheit einzudämmen. Unsere Stadt muß alle Möglichkeiten ausschöpfen, gegen die Ursachen vorzugehen und sie muß die Bürgerinnen und Bürger, die sich in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, unterstützen.
Es bleibt dabei (frei nach Adorno): Wir lassen uns weder von der Macht der Anderen, noch von der eigenen Ohnmacht dumm machen !

Leo Spahn, DKP/LL-Kandidat zur Kommunalwahl 2011

Stadtgeschichten

Im Jahre 1950, nicht ganz fünf Jahre nach Kriegsende, als dieses Foto entstand, wurde noch sehr selten fotografiert. Die wenigen Apparate waren zum Teil Vorkriegsmodelle, sicher 1945 versteckt, als die Amerikaner den Aufruf erließen: „Alle Fotoapparate sind auf dem Rathaus abzuliefern". So ist auch die Unschärfe zu entschuldigen, und trotzdem sind solche Bilder des Erinnerns wert. Kinder zog es im Winter hinaus, und wenn irgendwo ein Bach oder See zugefroren war, wurden die Schlittschuhe angeschnallt, auch wenn hierfür eine große Strecke zu Fuß zurück gelegt werden musste. Die damaligen Schlittschuhe waren nicht wie heute komplett mit Schuhen ausgestattet, sondern mussten auf dem Eis erst an den Straßenstiefeln befestigt werden. Das Foto zeigt 11 Walldorfer Kinder, damals 12 Jahre alt, die etwa eine Stunde Fußmarsch nicht scheuten, um am Flörsheimer Eck auf dem zugefrorenen Wasserloch ein paar Runden zu drehen. Das Flörsheimer Eck im früheren Flörsheimer Wald, der leider vom Eigentümer zum Bau der Startbahn-West an die FAG verkauft wurde, liegt heute auf dem Gelände der Fraport. Die Namen der Kinder sind von links, stehend: unbekannt, Erwin Steckenreiter, Anneliese Zwilling verh. Fischer, Helga Geiß verh. Meier, Margarethe Becker verh. Bracht, unbekannt, Helga Becker. Unten: unbekannt, Brigitte Bauer, Heinz Röder mit selbstgeschnitztem Eishockeystock, unbekannt, unbekannt.

klickpunkt dkp-mw.de klickpunkt dkp-mw.de klickpunkt dkp-mw.de

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Querbeat
Freitag, 11. Februar, 20 Uhr
Eintritt frei

„Blues March", Film von Malte Rauch
Mittwoch, 16. Februar, 20 Uhr
Eintritt: 4 € / 2 €

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 17. Februar, 20 Uhr
Schallplattenabend
Eintritt frei

16 bit – Konsolenabend
Freitag, 18. Februar, 20 Uhr

Konzert: Lidschi and the Melodymakers
Samstag, 19. Februar, 20 Uhr, Eintritt: 7 € / 4 €

Quiz- Night - Freitag, 25. Februar, 20 Uhr

Konzert mit Sonja Kraus und Ines Thomé
Musik für Violoncello und Gitarre
Samstag, 26. Februar, 20 Uhr
Eintritt: 8 € / 5 € I VVK im KuBa ab dem 30. Januar

Unser Lexikon

Schbrisch

In de Fastnachtszeit
uffgeschnappt:

Jeden Daach
vollgesoffe
is aach
reschelmäßisch gelebt.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de